



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 6 der Geschäftsordnung des Rates: Elternbeiträge für Kita- und OGS-Plätze

Beratungsfolge:

13.02.2018 Schulausschuss

Beschlussvorschlag:

Die für die Jahre 2018 und 2019 beschlossenen jährlichen Steigerungen der Elternbeiträge für Kita- und OGS-Plätze werden ausgesetzt.

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung
(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

An den
Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
Herrn
Detlef Reinke
im Hause

Hagen, 22. Januar 2018

Beratungen Doppelhaushalt 2018/2019

- ***Elternbeiträge für Kita- und OGS-Plätze***
- ***Unterstützung des Ehrenamtes***

Sehr geehrter Herr Reinke,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages, gem.§ 6, Abs.1, GeschO,
auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses am 31. Januar 2018.

Der Rat fasst folgende Beschlüsse zum Doppelhaushalt 2018 / 2019:

1. Der Überschuss des Haushalts 2017 wird als Rückstellung für unterlassene Instandhaltung im Hoch- und Tiefbau verwandt.
2. Die für die Jahre 2018 und 2019 beschlossenen jährlichen Steigerungen der Elternbeiträge für Kita- und OGS-Plätze werden ausgesetzt.
3. Die Vereine / Organisationen
 - *Frauen helfen Frauen e.V. und*
 - *Kinderschutzbund e.V. mit Mehrgenerationenhaus*

erhalten in 2018/2019 eine Zuschusserhöhung oder erstmalig einen Zuschuss von 10 000 Euro jährlich.

Begründung:

Der Haushaltsüberschuss des Jahres 2017 beträgt voraussichtlich 1.800.000, -- €. Dieser Überschuss ist auch der Tatsache geschuldet, dass in der Vergangenheit die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen nicht oder nicht im erforderlichen Umfang geleistet worden sind. Ein Teil der unterlassenen Maßnahmen soll mit dem Doppelhaushalt 18 / 19 aufgearbeitet werden. Durch die Bildung der Rückstellung aus dem Ergebnis des Jahres 2017 werden Mittel im Doppelhaushalt für diese Aufgaben frei und können für andere Maßnahmen (siehe Ziffern 2 bis 3) genutzt werden.

Die Kosten für Familien, die Betreuungsplätze für ihre Kinder gefunden haben, dürfen nicht weiter steigen. Hagen liegt mit diesen Betreuungsbeiträgen im Vergleich mit den Nachbarkommunen im oberen Bereich. Was in Düsseldorf kostenlos zu haben ist, muss in Hagen teuer bezahlt werden. Diese Schraube lässt sich aber nicht endlos drehen. Daher fordert die SPD-Fraktion die Aussetzung der 2-prozentigen jährlichen Erhöhung der Beiträge für Kita- und OGS-Plätze (ab 1.8.2018 vorgesehen). Zumal die Verwaltung bislang nicht in der Lage oder willens war, die von der SPD im Mai vorgeschlagene Dynamisierung der Elternbeiträge mit einer entsprechenden Dynamisierung der Einkommensgrenzen im OGS-Bereich zu verbinden. Ein Konzept liegt bislang nicht vor.

Das Ehrenamt hat in unserer Stadt einen ganz besonderen Stellenwert. Die Menschen, die sich in unserer Stadt für Kranke, Schwache, Arme und Ausgegrenzte – kurz hilfesusuchende Bürger – einsetzen, sind mit Geld nicht zu bezahlen. Trotzdem spielen finanzielle Mittel für die entsprechenden Einrichtungen zur Aufrechterhaltung ihrer Arbeit eine wichtige Rolle. Das Lob des bewundernswerten bürgerschaftlichen Elements wird auch in Hagen bei vielen Anlässen berechtigt ausgesprochen. Es wäre aber glaubwürdiger, wenn zugleich deutlich gemacht wird, dass dieses Engagement den Staat und die Kommune nicht von der Verantwortung entbindet, selbst einen Beitrag zur Sicherung der sozialen Infrastruktur zu leisten. Hier werden in vorbildlicher Weise Versäumnisse und Fehlentwicklungen der Gesellschaft kompensiert. Es werden Aufgaben wahrgenommen, die eigentlich zu den Grundaufgaben staatlicher Leistungen zählen müssten. Von daher ist es vordringliche Aufgabe, zunächst den wertvollen Dienst an der Gesellschaft zumindest finanziell zu unterstützen.

Die SPD-Fraktion hat in den zurückliegenden Jahren einige der sozialen Einrichtungen in unserer Stadt besucht und sich von ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeitern über die Arbeitssituation vor Ort aufklären lassen. In allen Einrichtungen wurde unisono beklagt, dass die Zahl der zu betreuenden Menschen stetig ansteigt. Zwar fänden sich nach wie vor helfende Hände im Rahmen des Ehrenamtes, doch müssten Betreuungen, Beratungen, Verköstigungen und therapeutische Hilfestellungen auch finanziert werden.

Um das zu gewährleisten, sind die Vereine auf Spenden angewiesen, die immer schwieriger zu akquirieren sind. In der Folge kostet die Absicherung ihres Budgets durch Spendenaufrufe, Veranstaltungen und Gespräche mit potentiellen Spendern viel Zeit, die wiederum von der eigentlichen Aufgabenbewältigung abgeht. Um das zu verhindern, müssen diese für unsere Stadt so wichtigen Einrichtungen finanziell verlässlicher und auskömmlicher als bisher ausgestattet werden.

Freundliche Grüße



Claus Rudel
SPD-Fraktion